

atomstopp

atomkraftfrei leben!

1. Quartal 2012, 37. Jahrgang, Nr. 218





Im Rückblick betrachtet wird das Jahr 2011 durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima in Erinnerung bleiben. Im März 2011 gaben sich die Betreiber des japanischen Unglückreaktors noch zuversichtlich, bis Ende des Jahres die Situation im Griff zu haben und den Austritt von Radioaktivität unterbinden zu können.

Jedoch erreichten uns im November 2011 wieder Schockmeldungen aus Fukushima: Es gab Anzeichen von neuerlichen unkontrollierten Kernspaltungen – das heißt, die Situation ist immer noch nicht unter Kontrolle! Nach wie vor tritt Radioaktivität aus! Das Gebiet rund um Fukushima wird jahrezehntelang Sperrgebiet bleiben! 8% der Fläche von Japan sind durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima auf Jahre hinaus radioaktiv belastet!

Fukushima sollte allen Atomstaaten eine Warnung sein und ein Ansporn, auf erneuerbare Energien umzusteigen. Leider fehlt aus meiner Sicht, das klare und unmissverständliche Bekenntnis der Europäischen Kommission – eine klare Absage an die Atomenergie vermisst man schmerzlich. Im Gegenteil: Der für Energiefragen zuständige EU-Kommissar Oettinger meint in seinem Energiefahrplan 2050, „dass die Nuklearenergie einen Schlüsselbeitrag für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen leiste und im Jahr 2050 der Anteil an Atomstrom europaweit noch im-

mer bei 18% liegen würde und sich damit nicht wesentlich verringern würde.“ Verabschiedet werden soll der Energiefahrplan 2050 im Dezember 2011 – also noch unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima.

Ein europaweiter Atomausstieg scheint somit wohl zu einer reinen Utopie zu verkommen! Umso wichtiger wird es sein, dass Österreich seine Hausaufgaben macht und mit einem wasserdichten Atomstromimportverbot dafür sorgt, dass kein Atomstrom nach Österreich importiert und dass die europäische Atomindustrie nicht mit österreichischen Steuergeldern über die Mitgliedschaft bei EURATOM finanziert wird!

Das Jahr 2012 wird auch ganz im Zeichen einer verstärkten Zusammenarbeit unter den Antiatom-Vereinen stehen. „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“, meinte schon Aristoteles (384 v. Chr. – 322 v. Chr.) – das soll das Motto für 2012 sein. Ganz in diesem Sinne fand Ende November in Linz erstmals nach vielen Jahren wieder ein großes Vernetzungstreffen von österreichischen Antiatom-Organisationen statt. Mehr denn je, scheint die Zusammenarbeit ein Gebot der Stunde zu sein. Gemeinsam werden wir mehr erreichen!

Mit besten Grüßen
Roland Egger
Obmann

Wir sind gegen Atomenergie! Sind wir deswegen Trottel?

Der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus gilt als glühender Atombefürworter – und er ist beileibe nicht der einzige tschechische Politiker, der sich ungeniert für die Atomkraft einsetzt. Karel Schwarzenberg – ehemaliger Außenminister Tschechiens – beschimpfte die österreichischen Atomgegner_innen sogar als „Trottel“, als „magorí“. Beim Arbeitsbesuch von Vaclav Klaus Ende Oktober in Linz wurde ihm ein Antiatom-Empfang bereitet und er wurde mit Plakaten konfrontiert, auf denen zu lesen war: „Wir sind gegen Atomenergie! Sind wir deswegen Trottel?“

Den direkten Kontakt mit den Atomgegner_innen hat Vaclav Klaus allerdings gemieden und überaus rasch das Gebäude der Raiffeisenlandesbank betreten, um dort den ehemaligen Direktor der Raiffeisenlandesbank Ludwig Scharinger und Landeshauptmann Josef Pühringer zu treffen. ... Bemerkenswert waren seine Aussagen gegenüber tschechischen Medien am Rande des Arbeitsbesuches: „Ich bin der Meinung, dass die Autobahn das Hauptthema ist, viel wichtiger als das AKW Temelin.“ Und weiter kommentierte er die Protestaktion: „Das ist kein authentisches Gefühl der Bewohner Oberösterreichs. Das organisieren einige gut bezahlte Aktivisten gewisser Gruppen.“

Ähnlich unverfroren kommentierte der tschechische Staatspräsident auch den deutschen Atomausstieg in seiner Hamburger Rede über Europa im Juni 2011 (siehe: <http://www.klaus.cz/clanky/2848>). Und er spricht den Deutschen auch ihre Aufrichtigkeit hinsichtlich des Atomausstiegs ab, bezeichnet den deutschen Atomausstieg als „absurd“ und vergleicht die Reaktorkatastrophe von Fukushima mit der EHEC-Epidemie (Anmerkung: zum Zeitpunkt der Rede von Vaclav Klaus wurden als Auslö-

ser der gefährlichen Darminfektion noch Salatgurken vermutet).

„... Es gibt sicherlich viele andere Themen, die hier heute Abend diskutiert werden könnten. Man könnte zum Beispiel die heutigen, ganz absurden Vorschläge für Atomausstieg in ihrem Land erwähnen. Dazu möchte ich folgendes anführen: die Tschechische Republik wird ihre Kernenergie nicht aufgeben. Ganz umgekehrt. In Südböhmen plant sie den Aufbau von weiteren Blöcken des Atomkraftwerkes Temelin. Ich glaube nicht den Aposteln, die heute gegen die Kernenergie kämpfen. Ich glaube nicht an ihre Aufrichtigkeit. Ich glaube nicht, dass sie wirklich überzeugt sind, dass die Menschheit eine Pflicht hat, das Vorsorgeprinzip in allen solchen Fällen ohne Rücksicht auch ihre Folgen verwenden zu müssen. Sie sind auch nicht ganz unschuldig. Hinter ihren angeblich guten Absichten versteckt sich der Lobbyismus von Herstellern alternativer Energieressourcen.

Und noch etwas. Wenn ich mich nicht irre, ist noch niemand in Fukushima sowie in Deutschland an die Strahlungskrankheit gestorben. Die Gurkenkrankheit hat schon 22 Opfer. Wo ist hier das Vorbeugungsprinzip geblieben?“

Detail am Rande: Dass Tschechien wegen seines Gesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), das nicht den Vorgaben der Europäischen Union entspricht, im Jahr 2010 vor dem Europäischen Gerichtshof verurteilt wurde, dürfte den tschechischen Staatspräsidenten besonders getroffen haben: Bereits im Jahr 2006 wurde gegen Tschechien ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, im Jahr 2008 aber nichtsdestotrotz die Umweltverträglichkeitsprüfung für den Ausbau von Temelin – nach dem EU-widrigen tschechischen UVP-Gesetz – gestartet. Als im Jahr 2009 die Novelle des Gesetzes in Tschechien verabschiedet werden sollte, hat das der tschechische Staatspräsident mit seinem Veto weiter verschleppt. In



seiner Begründung verwies Staatspräsident Klaus unter anderem auf daraus resultierende mögliche Verzögerungen beim Ausbau des AKW Temelin hin. Und das galt es wohl zu vermeiden – bloß keine Verzögerungen beim Ausbau von Temelin – einerlei, dass damit EU-Recht gebrochen wird!





Aktion mit VIRUS zu Atomstrom in Österreich

man sich: „Befürchtet Wirtschaftsminister Mitterlehner, dass Staaten wie Tschechien oder die Slowakei im Umkehrschluss Importverbote für österreichischen Ökostrom erlassen würden?“

Besonders sauer stößt aber auf, wenn Wirtschaftsminister Mitterlehner meint (siehe: <http://www.bmwfj.gv.at/Presse/AktuellePressemeldungen/Seiten/MitterlehnergegenverschnellenAlleingang%C3%96sterreichsbeiAtomstrom-Importverbot.aspx>): „Auch wir wollen den Atomausstieg, aber zu rechtlich einwandfreien und finanzierbaren Konditionen.“

Angesichts solcher Aussagen wünscht man sich, der Wirtschaftsminister möge sich in Brüssel dafür einsetzen, dass die wahren Kosten der Atomenergie beziffert werden, die versteckten Subventionen über EURATOM aufgedeckt werden, die volle Haftung und unbegrenzte für Atomanlagen eingeführt wird! Dann nämlich würde sich der europäische Atomausstieg von alleine ergeben!

Die Schäden durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima werden derzeit mit ca. 300 Milliarden Euro angegeben. In Tschechien haftet der Betreiber der Atomkraftwerke aber nur bis zu einer Höhe von rund 300 Millionen Euro – also einem Tausendstel der Kosten der Reaktorkatastrophe von Fukushima. Kostenwahrheit und Verursacherprinzip schauen anders aus! Deshalb: Umsetzung eines wasserdichten österreichischen Atomstromimport-Verbots SO RASCH WIE MÖGLICH!

Die Idee und die Botschaft ist bemerkenswert logisch, klar und sauber: Österreich kämpft geradezu legendär gegen Atomkraftwerke und lehnt deshalb den Import von Strom eben aus genau diesen Atomkraftwerken ab. Ein wasserdichtes österreichisches Atomstromimport-Verbot soll den Nachbarstaaten mit Atomkraftwerken signalisieren: Wir können eure Entscheidung in die Atomkraft zu investieren aufgrund der derzeitigen rechtlichen Situation nur bedingt beeinflussen – aber es kann uns niemand zwingen, euren Atomstrom abzukaufen!

für einen europaweiten Atomausstieg!

Wer nun aber glaubt, die österreichische Bundesregierung würde diesen Ball aufnehmen und raschest an der Umsetzung des Vorschlags der Umweltorganisationen arbeiten, muss bitter enttäuscht werden: Wirtschaftsminister Mitterlehner ließ den beiden Umweltorganisationen postwendend ausrichten, dass er nichts von einem vorschnellen Importverbot halten würde, könnte das doch zum Nachteil für den Energiestandort Österreich werden. „Wie bitte?“, fragt

Ein Gutachten von Greenpeace und GLOBAL 2000 – vorgestellt im Oktober – zeigt klar auf: Ja, es geht! Aus europarechtlicher Sicht und aus völkerrechtlicher und aus österreichischer Sicht sowieso.

Atomstromimporte können rechtlich unterbunden werden.

Auch aus unserer Sicht: Ein ganz entscheidender und richtiger Schritt



Spendegütesiegel – Ihre Spende kommt an!

Der Verein atomstopp_atomkraftfrei leben! ist seit Dezember 2007 berechtigt, das Spendgütesiegel zu führen. Damit haben Sie als Spender_in des Vereins die geprüfte Garantie des sorgsamen Umgangs mit Spendengeldern. Jährlich wird die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung des Vereins von einer unabhängigen Wirtschaftsprüferin kontrolliert und die Verwendung der Spenden kritisch hinterfragt. Damit können Sie sich sicher sein: **IHRE SPENDE KOMMT AN!**

Die Finanzdaten 2010 sind auf der Internet-Seite www.atomkraftfrei-leben.at veröffentlicht, ebenso wie der Rückblick an Aktivitäten der vergangenen Jahre.

Der Verein atomstopp_atomkraftfrei leben! ist einer von derzeit 214 gemeinnützigen Vereinen und neben Greenpeace und GLOBAL 2000 der **einzige Anti-atom-Verein** österreichweit mit Spendegütesiegel!



Auf Ihre Spende kommt es an! Bitte unterstützen Sie uns!

Jeder finanzielle Beitrag – und sei er auch noch so gering - hilft uns in der Antiatom-Arbeit – hilft uns beim Einsatz für ein atomkraftfreies Mitteleuropa! Wir wollen uns im kommenden Jahr vor allem gegen grenznahe Atomreaktoren wie das AKW Temelin einsetzen, uns an der Umweltverträglichkeitsprüfung zum Ausbau beteiligen, aber auch versuchen, die nach wie vor offenen Sicherheitsfragen im AKW Temelin zu thematisieren!

Dass manche Staaten auch nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima ihre Atomkraft ausbauen wollen und Profit daraus ziehen wollen, dass in anderen Staaten Atomausstiegsbeschlüsse gefasst worden sind, finden wir besonders skrupellos! Dem soll mit einem wasserdichten österreichischen Atomstromimport vorgebeugt werden! Österreich muss seinen atomfanatischen Nachbarstaaten klarmachen: **Wir werden euren Atomstrom nicht abkaufen!** Der **Ausstieg Österreichs** aus der **Atomfördergemeinschaft EURATOM** und das **Ende von EURATOM** ist ein wichtiges Ziel und ein entscheidender Schritt hin zu einem europaweiten Atomausstieg! 323 Gemeinden quer durch Österreich haben sich in Resolutionen für einen solchen Schritt ausgesprochen: Das ist unser Auftrag!

HYPO Oberösterreich		AUFTRAGSBESTÄTIGUNG	
Kontonummer des Empfängers 0000205377		BLZ-Empfänger 54000	
Empfänger: atomstopp_atomkraftfrei leben! 4020 Linz, Promenade 37		Verwendungszweck Spende	
Kontonummer des Auftraggebers		<input type="checkbox"/> Mitgliedsbeitrag <input type="checkbox"/> Einzelperson (ab 18. Lebensjahr) € 10,- <input type="checkbox"/> Firmen, Verbände juristische Personen € 30,-	
Auftraggeber/Einzahler - Name und Anschrift		Unterstützen Sie unsere Projekte: www.raus-aus-euratom.at www.atomkraftfrei-leben.at ÖSTERREICH – RAUS AUS EURATOM!	
		034	

Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln!

HYPO Oberösterreich		ZAHLSCHHEIN - EURO	
Kontonummer des Empfängers 0000205377		BLZ-Empfänger 54000	
Empfänger: atomstopp_atomkraftfrei leben! 4020 Linz, Promenade 37		Verwendungszweck Spende	
Kontonummer des Auftraggebers		<input type="checkbox"/> Mitgliedsbeitrag <input type="checkbox"/> Einzelperson (ab 18. Lebensjahr) € 10,- <input type="checkbox"/> Firmen, Verbände juristische Personen € 30,-	
Auftraggeber/Einzahler - Name und Anschrift		Unterstützen Sie unsere Projekte: www.raus-aus-euratom.at www.atomkraftfrei-leben.at ÖSTERREICH – RAUS AUS EURATOM!	
		034	

0000205377 + 00054000 >

Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln! Die gesamte Rückseite ist von Bedruckung oder Beschriftung freizubehalten!

84+

40+



AKW STRESSTESTS

Mit viel Brimborium wurden die Stresstests für die europäischen Atomkraftwerke von Umweltminister Berlakovich als Konsequenz der Reaktorkatastrophe von Fukushima angepriesen. Ein Mehr an Sicherheit sollten sie bringen, umfassende Analysen wurden angekündigt. Die Zwischenberichte, die Ende November vorgelegt wurden, ernüchtern erwartungsgemäß: Was bei einem atomaren Unfall passiert, wie die Evakuierung der Bevölkerung in den einzelnen Atomstaaten geregelt wird, ist für die EU-Kommission augenscheinlich nicht von Interesse! Mehr noch: Man muss davon ausgehen, dass die Stresstests herangezogen werden, um die Standortauswahl für neue Atomkraftwerke zu rechtfertigen und damit der Atomindustrie zu helfen, anstatt den europaweiten Atomausstieg voranzubringen!

Die Endergebnisse der AKW-Stresstest werden Mitte 2012 vorliegen. Dass aufgrund der Stresstests aber auch nur ein einziges Atomkraftwerk stillgelegt wird, dürfte ein Wunsch an das Christkind bleiben. Alles deutet darauf hin, dass selbst die beiden im Bau befindlichen Atomreaktoren von Mochovce den Stresstest unbeschadet überstehen. Das ist insofern bemerkenswert, weil das Design der Mochovce-Reaktoren aus den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts datiert und die Baugenehmigung 1986 ausgestellt wurde. Die EU-Kommission selbst hat sich in einer Stellungnahme sehr kritisch zum Bau der Mochovce-Reaktoren geäußert und zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen empfohlen. Mehr kann die EU-Kommission nicht machen, denn was ein Atomstaat unter nuklearer Sicherheit versteht und wie diese konkret umgesetzt wird, ist nationale Angelegenheit. Gerade im Bereich der Atomicherheit bräuchte es mehr Brüsseler Kompetenz. Doch dagegen sträuben sich die Atomstaaten mit Händen und Füßen. Ein Schelm, wer sich jetzt Böses denkt.

Öffentliche Temelin-Anhörungen in allen Landeshauptstädten

Im August 2008 startete in Tschechien die Umweltverträglichkeitsprüfung zum Ausbau von Temelin. JAHRELANG rührte man dafür schon in Tschechien die Werbetrommel – doch in Österreich nahm man das sehr gelassen hin. Von manchen als „billiges“ Ablenkungsmanöver bezeichnet, von manchen (wie dem damaligen Umweltminister Pröll im April 2007) lapidar kommentiert: „Ich glaube nicht an den Ausbau von Temelin.“

Wichtige Zeit ist somit ungenützt verstrichen, Zeit, in der man versuchen hätte können, die tschechischen Politiker_innen von ihren Atomplänen abzubringen. Der damalige Umweltminister Pröll hat sich deshalb auch viel Kritik bei einer Aktion im September 2008 gefallen lassen müssen. Auf einem meterlangen gelben Papier wurden die tschechischen

Ankündigungen zum Temelin-Ausbau aufgelistet (siehe Foto).

Eine umfassende Information zu den tschechischen Atomplänen ist das Mindeste, das man sich erwarten kann. Die Atompläne sind beispiellos. Deshalb wollen wir etwas Beispielloses! Wir wollen, dass in allen Landeshauptstädten öffentliche Temelin-Anhörungen stattfinden, bei denen die Bevölkerung umfassend informiert wird. Die Vorsitzende des tschechischen Staatsamtes für Kernsicherheit (SUJB) Dana Drabova hat diesen Vorschlag grundsätzlich befürwortet und auch für den tschechischen Premierminister sind Anhörungen in Österreich vorstellbar.

Spannend wird jetzt, ob unser eigener Umweltminister Berlakovich unserem Vorschlag nachkommt und sich dafür einsetzt, dass in allen Landeshauptstädten Anhörungen stattfinden werden!



Aktion wegen Temelin-Ausbau im September 2008

Atomenergie hat weltweit immer weniger öffentliche Unterstützung

Eine Umfrage von GlobalScan (veröffentlicht auf BBC News am 25. November 2011) in 23 Ländern – durchgeführt von Juli bis September 2011 – zeigt, dass die Unterstützung für die Atomenergie in der Bevölkerung dramatisch sinkt! Nur 22% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass „Atomenergie eine relativ sichere und wichtige Quelle für die Stromproduktion“ sei und „dass mehr Atomkraftwerke gebaut werden sollten“. 71% hingegen meinten, dass ihr Land „in den nächsten 20 Jahren Kohle und Atom fast gänzlich ersetzen könnten“, und zwar „durch mehr Energieeffizienz und einem verstärkten Einsatz von Sonne und Wind“. 39% der weltweit Befragten wollen, dass die Atomreaktoren weiter betrieben werden, ohne dass neue Atomreaktoren zusätzlich gebaut werden. Gegen neue Reaktoren sprechen sich in Deutschland 90% und auch in Frankreich und Russland 83% der Befragten aus! Anders in Großbritannien und den USA, China oder Pakistan: Dort sprechen sich rund 40% der Befragten für einen Neubau von Atomreaktoren aus.

Eine gute Nachricht von der Antiatom-Front

Belgien hat bereits 2003 angekündigt, aus der Atomkraft auszusteigen, und zwar innerhalb der Jahre 2015 bis 2025. Im Jahr 2006 wurden dann aber Zweifel angemeldet, ob ein Ausstieg aus der Atomenergie realistisch und machbar sei. Mehr als 50% des belgischen Stroms stammen aus Atomkraftwerken – das Land betreibt 7 (!) Atomreaktoren! 2009 wurde von der Regierung gemeinsam mit dem belgischen Atom-

konzern vereinbart, die ältesten Reaktoren bis 2025 laufen zu lassen – sie hätten somit eine Laufzeit von 50 Jahren erreicht! „Hätten“ deshalb, weil die belgische Regierung Ende Oktober 2011 angekündigt hat, in vier Jahren – also im Jahr 2015 - mit der Abschaltung von drei Atomreaktoren die Energiewende einläuten zu wollen! Einziger Wermutstropfen und Einschränkung: Die Abschaltung erfolgt nur, wenn dadurch die Energieversorgung nicht gefährdet ist!



Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!
Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M
F.d.l.v.: Roland Egger; Texte, Layout, grafische Umsetzung: Roland Egger
Claudia Kothgassner, Jakob Luimpöck
Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz, Tel: (0732) 774275
Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at, Email: post@atomstopp.at
Spendenkonto: Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377
Druck: Plöchl Druck GmH, 4240 Freistadt; gedruckt mit oekostrom
atomstopp wird unterstützt vom Land Oberösterreich und der Stadt Linz